



## SONDERAUSGABE

### Verschiedenes Aktuelles aus Deutschland und eine neue Übersetzung aus dem Iran....

11. November 2006

#### INHALT

TEIL 1 - Lang lebe das Dritte Reich...

TEIL 2 - „Nettes“ aus Frankfurt (Oder)...

TEIL 3 - Eine „nette“ neue Studie...

TEIL 4 - Neues aus dem Iran - zusammengestellt und übersetzt für Honestly Concerned...



Bundesministerium  
der Justiz

TEIL 1 – Lang lebe das Dritte Reich...

Das Heilpraktikergesetz

Durch eine Studentin der Heilpraktikerlehrer, die als Teil Ihres Studiums das Heilpraktikergesetz lernen muß, wurden wir auf folgende Website hingewiesen:

<http://www.heilpraktiker-fragen.de/heilpraktikergesetz.htm>, hierin i.B. auf § 4.2 [Zitat: „... (2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers auch andere heilkundliche Verrichtungen von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausnehmen. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften...]. Kann es wirklich sein, daß der Führer und das Dritte Reich mit seinen Reichsministern heute noch Teil der Deutschen Gesetzgebung ist...?

Die Antwort scheint, zumindest zum Teil, Ja zu sein!

Gemäß Website des Bundesministerium der Justiz, handelt es sich bei diesem Gesetz aus dem Jahr 1939 tatsächlich noch um ein aktuelles Gesetz zu handeln, dessen Wortlaut über die Jahre zwar leicht redigiert wurde (inkl. der Löschung des besagten § 4.2), doch die Reichsregierung und -minister sind geblieben....

Positiv anzumerken ist jedoch, daß zumindest die „Richtlinien zur Durchführung des Heilpraktikergesetzes vom 14.02.1997 (StAnz. 10/1997 S. 813) unter Berücksichtigung der Änderung vom 15.12.2000 (StAnz. 2/2001 S. 99)“ die besagten Begriffe nicht mehr erwähnen.

Wieviele andere Deutsche Gesetzgebungen mag es wohl noch geben, in denen Schüler und Studenten die Richtlinien des Führers und des Reiches auswendig lernen müssen...?!?!

Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung - Heilpraktikergesetz (HeilprG)

Datum: 17. Februar 1939

Fundstelle: RGBL I 1939, 251

Geltung ab 01.01.1964

(+++ Stand: Zuletzt geändert durch Art. 15 G v. 23.10.2001 I 2702 +++)

Vollzitat:

„Heilpraktikergesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2122-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2702)“

(+++ Stand: Zuletzt geändert durch Art. 15 G v. 23.10.2001 I 2702 +++)

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1. 1.1975 +++)

Eingangsformel

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

...§ 2

... (2) Wer durch besondere Leistungen seine Fähigkeit zur Ausübung der Heilkunde glaubhaft macht, wird auf Antrag des Reichsministers des Innern durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter erleichterten Bedingungen zum Studium der Medizin zugelassen, sofern er seine Eignung für die Durchführung des Medizinstudiums nachweist.

...§ 7

Der Reichsminister des Innern erläßt ... die zur Durchführung ... dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.



## TEIL 2 - „Nettes“ aus Frankfurt (Oder)...

### **TAGESSCHAU - Nach Randalen in Pogromnacht - Keine Haftbefehle gegen Neonazis**

Nach der antisemitischen Randalen in Frankfurt (Oder) hat das zuständige Amtsgericht alle neun beantragten Haftbefehle abgelehnt. Bei den Verdächtigen bestünde weder Flucht-, noch Verdunklungs- oder Wiederholungsgefahr, hieß es zur Begründung.

Gegen acht von ihnen werde aber weiterhin wegen Volksverhetzung, Landfriedensbruch, Störung der Totenruhe und Sachbeschädigung ermittelt. Einem neunten Verdächtigen werde Volksverhetzung vorgeworfen, weil er in der Nähe des Gedenksteins NS-Parolen gerufen haben soll. Nach Angaben der Polizei handelt es sich bei den Verdächtigen um „einschlägig bekannte Personen der rechten Szene“.

### **Gedenkstein ehemalige Synagoge geschändet**

Die Randalierer hatten am Donnerstag nach der Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht vom 9. November 1938 Blumengebinde von einem Gedenkstein einer ehemaligen Synagoge gerissen und Kerzen auf die Straße geworfen. Als die Polizei einschritt, rief einer von ihnen „Sieg Heil“.

### **Platzek spricht von „unerträglicher Provokation“**

Politiker reagierten entsetzt auf die Schändung. „Das ist eine unerträgliche Provokation“, sagte der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzek. Der Vorsitzende der Linkspartei, PDS, Lothar Bisky, forderte eine schnelle und für die Täter deutliche Verurteilung. Der Frankfurter Oberbürgermeister Martin Patzelt rief die Bürger seiner Stadt auf, sich gegen die Randalen zu bekennen. Gemeinsam mit etwa 100 Frankfurter Bürgern wiederholte er am Freitagabend die Ehrung der ermordeten und verfolgten Juden.

### **TAGESSCHAU - Gedenkstein geschändet [Sven Kuntze, ARD Berlin].**

### **TAGESSCHAU - Interview mit M. Patzelt, OB Frankfurt (Oder) [Inforadio]**

### **TAGESSCHAU - Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland. Reuters Deutschland - Keine Haftbefehle gegen Neonazis in Frankfurt/Oder**

### **Spiegel - Schändung von Gedenkstein: Neonazis bleiben nach antisemitischer Randalen auf freiem Fuß**

## TEIL 3 - Eine „nette“ neue Studie...

### **TAGESSCHAU - Studie zu rechtsextremem Gedankengut - Jeder Vierte für „Einheitspartei“**

Jeder vierte Bundesbürger wünscht sich laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung eine einzige Partei, die die „Volksgemeinschaft“ verkörpert. Außerdem habe der Nationalismus in Deutschland zugenommen, so die Studie. Den Ergebnissen zufolge bleibe die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland weiter konstant auf hohem Niveau. In einigen Regionen vertrete fast jeder zweite Bürger ausländerfeindliche Einstellungen. Daher gehe es in der Untersuchung auch nicht um neonazistische Schläger, sondern um rechtsextremes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft, erklärten Elmar Brähler und Oliver Decker von der Universität Leipzig, die für die Studie fast 5000 Personen befragt ließen. „Rechtsextrem ist eigentlich ein irreführender Begriff“, so Decker. „Er suggeriert, dass es sich um ein klar abzugrenzendes Rand-Phänomen handelt.“

Laut der aktuellen Studie findet sich rechtsextremes Gedankengut quer durch alle Bevölkerungsschichten, Bundesländer, Generationen und bei Wählern aller Parteien. Das Problem werde noch größer, wenn man die mehr oder weniger unausgesprochene Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Antisemitismus betrachte, so die Wissenschaftler. „Auch Menschen, die sich selbst als ‚links‘ bezeichnen, lehnen nicht alle rechtsextremen Aussagen ab.“ Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben der Studie zufolge knapp neun Prozent der Menschen in Deutschland.

Während bei den meisten Ergebnissen die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland unerheblich sind, fallen sie bei den Themen Ausländerfeindlichkeit sowie Antisemitismus ins Auge. Dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, um den hiesigen Sozialstaat auszunutzen, meinen mehr als 35 Prozent der Befragten in Westdeutschland. Dieser Wert wird im Osten noch deutlich übertroffen, dort sind es fast 44 Prozent. Dass die Bundesrepublik „gefährlich überfremdet“ sei, meinen fast 40 Prozent der Bürger im gesamten Bundesgebiet. Im Westen ist der Antisemitismus deutlich ausgeprägter als im Osten. „Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks“, meinen fast 16 Prozent der Westdeutschen, etwa sechs Prozent der Ostdeutschen stimmen dieser Aussage zu. Bundesweit fast 18 Prozent halten den Einfluss der Juden „auch heute noch für zu groß“. Fast 14 Prozent meinen, Juden hätten „etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“.

In ganz Deutschland sehnen sich mehr als 15 Prozent der Befragten nach einem Führer mit starker Hand, 26 Prozent wollen laut Studie eine einzige Partei in Deutschland, die die „Volksgemeinschaft“ vertritt. Dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien, glaubt jeder sechste Befragte. Und fast 18 Prozent stimmen der Aussage zu: „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“



## Wirtschaftliche Gründe für rechtsextreme Einstellungen?

Das Ergebnis der Studie zeige, dass sich Maßnahmen gegen Rechts-Extremismus nicht nur auf Jugendliche und Personen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen beschränken dürften, betonte Brähler. Daher untersuchten die Wissenschaftler auch soziale und psychische Faktoren. So ergab die Studie, dass auch „ein kalter Umgang in der Familie sowie eine depressive Grundstimmung und Ängstlichkeit nicht selten den Boden für rechtsextreme Einstellungen bereiten“. Da Menschen mit rechtsextremen Einstellungen eine sehr heterogene Gruppe bildeten, seien künftig alle gesellschaftlichen Institutionen gefordert, so die Forscher.

Dabei sollte der Ausländerfeindlichkeit besonders intensiv begegnet werden, sie gelte als „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus. Daher müssten sich alle im politischen Alltag mit der Zuwanderung beschäftigen, forderte Brähler. „Ein schulischer ‚Projekttag‘ zur Ausländerfeindlichkeit hilft da wenig, solange weder in den Schulbüchern noch in den Lehrplänen Deutschland als Einwanderungsland behandelt wird.“ Außerdem dürften den rechtsextremen Parteien nicht zusätzliche Legitimation verschafft werden, in dem demokratische Parteien ausländerfeindliche Aussagen äußerten, betonten die Wissenschaftler. Sonst werde es schwierig zu vermitteln, was das Problem mit rechtsextremen Inhalten sei.

### Links:

<http://www.tagesschau.de/bildstrecken/0,1203,0ID6073130,00.html>

### Die vollständige Studie ist unter:

[http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom\\_Rand\\_zur\\_Mitte.pdf](http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom_Rand_zur_Mitte.pdf) abrufbar

## ACHGUT - Überraschung! „Viele Antisemiten wählen Grüne, viele Ausländerfeinde PDS“

= Die Studie beziffert den Anteil der Antisemiten unter den westdeutschen Grünen-Wählern auf 9,4 Prozent. Zum Vergleich: Bei der FDP sind es 5,1 Prozent, bei der Union 9,8 Prozent, bei der SPD 10,2 Prozent, bei PDS und WASG 4,8 Prozent.

Bei der Ausländerfeindlichkeit fällt wiederum die PDS auf: Ihre Anhänger sind zu 28,6 (West) bzw. 33,3 Prozent (Ost) ausländerfeindlich. Zum Vergleich die Werte der anderen Parteien: Union 25,6 (West) bzw. 28,1 Prozent (Ost), SPD 26,5 (West) bzw. 22,9 Prozent (Ost), FDP 19,9 (West) bzw. 19,4 Prozent (Ost), Grüne 18,8 (West) bzw. 11,9 Prozent (Ost). =

Die ganze Geschichte: <http://www.n-tv.de/730662.html>

## TEIL 4 - Neues aus dem Iran - zusammengestellt und übersetzt exklusiv für Honestly Concerned

### Ayatollah Ali Khamenei: Die NATO wurde von einer internationalen Bande gegründet.

Im ersten Teil kommen der religiöse Führer und der Präsident des Iran zu Wort. Der „Führer der islamischen Revolution“ warnt vor einer „kulturellen NATO“ und Ahmadinejad sagt, dass wenn „die Atombombe schlecht ist, sollen doch zuerst die Atomstaaten ihre Atombomben abschaffen“.

Im zweiten Teil geht es um das iranische Atomprogramm. Ein Interview soll die Strategie des Iran durchleuchten: Der Weltsicherheitsrat hat Teheran bisher erfolglos dazu aufgefordert sein Uran-Anreicherungsprogramm einzustellen. Der Iran bleibt entschlossen bis März kommenden Jahres 3000 Zentrifugen zum Laufen zu bringen. Dabei hatte Mohammed ElBaradei schon im Juni 2005 ein fünfjähriges Moratorium für alle neuen Anlagen zur Anreicherung von Uran und zur Wiederaufbereitung von Plutonium gefordert. Iran bleibt jedoch hartnäckig und droht sogar mit dem billigen Export von atomaren Brennstoff und Mittelstreckenraketen. Damit steigt nicht nur die Gefahr für regionale Aufrüstung, sondern auch von Proliferation an terroristische Gruppen.

Abdolresah Rahmani Fasli, Stellvertretender Vorsitzender des Höchsten Nationalen Sicherheitsrates des Iran, erklärte am 4. Oktober 2006, dass ein zeitlich begrenztes Moratorium sinnlos sei, auch wenn man durchaus darüber diskutieren könne. Der Text ist informativ, weil es die Verhandlungslogik der iranischen Führung widerspiegelt. Interessant ist, dass Fasli den westlichen Medien vorwirft die iranische Position falsch darzustellen, besonders hinsichtlich eines Moratoriums. Zudem wird hier deutlich, dass der Iran einen Dialog, der auf einen transatlantischen Konsens beruht, vollständig ablehnt. Die Europäer dürften nicht „nach dem Geschmack und im Interesse der Briten und der Amerikaner“ handeln, was nach wie vor einer Spaltpilzpolitik des Iran gleichkommt.

### Der „Führer der islamischen Revolution“, Ayatollah Ali Khamenei spricht über die NATO

ISNA schreibt, dass Ali Khamenei von „der Gefahr eines Wandels in der Welt sprach, der von den Zionisten und vom Weltkapitalismus gelenkt wird.“

Khamenei sagte weiter: „Die internationalen Banden haben damals eine militärische Organisation, die sich NATO nennt, gegründet, um die Interessen der Völker der Welt zu kontrollieren. Diese internationalen Banden wollen nun eine kulturelle NATO schaffen, um die nationale Identität der Völker zu zerstören. Daher wollen sie nun auch eine kulturelle NATO gründen. Damit wollen sie mit Hilfe von Medien den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel der Welt Völker lenken. Daher müssen wir sehr wachsam sein.“ [1]



## **Ahmadinejad sagt, „wenn die Atombombe schlecht ist, dann schafft doch eure Atombomben ab.“**

Ahmadinejad sagte zu seinen Zuhörern: „Ihr wisst doch, dass sie nicht wollen, dass der Iran Fortschritte macht. Sie lügen und behaupten besorgt zu sein, dass der Iran in den nächsten 10-15 Jahren vom Weg abweichen könnte und sich nicht mehr friedlich verhalten könnte. Ihr wisst doch, dass sie nur lügen. Wenn die Atombombe böse ist, dann schafft ihr doch zuerst Atombomben ab. Dann könnte die Welt auch wirklich erfahren, dass eine Atombombe schlecht ist. [...] Die Wahrheit ist, dass manche Staaten Angst vor unserem Fortschritt haben, deswegen wollen sie uns daran hindern Fortschritte zu machen. [...] Unsere Feinde sollten wissen, dass sie nichts gegen unser Atomprogramm unternehmen können.“[2]

## **„Eine Diskussion über ein Moratorium heißt ja nicht, dass wir ein Moratorium auch wirklich akzeptieren.“**

Abdolresa Rahmani Fasli sagte in einem Interview über die Diskussionen, die zwischen dem iranischen Unterhändler Larijani und Solana stattgefunden haben:

„Nachdem die Europäer ihre Vorschläge bekannt gegeben haben, warteten sie auf eine Antwort aus dem Iran. Sie bestanden auf Fortsetzung des Dialoges, obwohl der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet wurde. [...] Ein Problem ist auch die falsche Berichterstattung der westlichen Medien, insbesondere im Bezug auf das Moratorium. Die westlichen Medien berichteten mit zwei verschiedenen Methoden über das Moratorium. Manche berichteten, dass der Iran schon ein Moratorium akzeptiert habe. Es war aber keineswegs so. Wir hatten doch nur gesagt, dass wir bereit sind darüber zu sprechen. Eine Diskussion über ein Moratorium heißt ja nicht, dass wir ein Moratorium auch wirklich akzeptieren. Wir sind selbstverständlich bereit ihre Argumente zu hören und dann aber auch unsere Logik zu erklären. [...] Wir müssen sicherlich langfristig diskutieren. Iran ist Mitglied des NPT und hat seine Rechte. Der Dialog hat nur dann keinen Sinn, wenn Sie uns etwas einreden wollen und sagen: ‚Macht doch einen Dialog‘. Es hat auch keinen Sinn, wenn sie uns Vorbedingungen stellen. [...] Wir sind nur bereit über rechtliche und technische Fragen im Rahmen des NPT-Vertrages zu diskutieren. [...] Wenn sie aber versuchen nach dem Geschmack und im Interesse der Briten und der Amerikaner mit uns zu verhandeln, dann wird der Verhandlungsprozess noch länger dauern. [...] Der Iran hat in den letzten 2,5 Jahren für eine kurze Frist die Urananreicherung gestoppt. [...] Wenn sie wirklich bereit wären im Rahmen des NPT mit uns zu verhandeln, würde die Diskussion auch nicht so lange dauern. Aber wenn sie uns politische Bedingungen stellen, werden wir uns auf keine Diskussion einlassen. [...] Wir haben doch in den letzten drei Jahren alles gemacht, um Vertrauen zu schaffen. Wir haben die Inspektoren zugelassen und das Zusatzprotokoll wurde vom Höchsten Nationalen Sicherheitsrat bestätigt, sogar ohne eine Zustimmung des Majless [islamistisches Parlament]. Sie haben sogar die Volksmujahedin und die Spione, die für sie im

Iran arbeiten als Informationsquelle benutzt. Und dennoch hat der Iran auf alle Fragen geantwortet. Natürlich wollen Amerika, England und Staaten wie Israel nicht, dass Iran erfolgreich ist. Manchmal sagen sie ja öffentlich, dass sie nicht wollen, dass der Iran sich die Atomtechnologie und andere Wissenschaften aneignet. [...] Solange der Dialog unter dem Einfluss der zionistischen Lobby vorangetrieben wird, ist dieser zum Scheitern verurteilt. [...] In der Zwischenzeit des Dialoges haben wir alle Probleme, die wir bei der Produktion von Yellow Cake hatten, überwunden und später auch die Kaskaden für die Urananreicherung in Betrieb genommen. [...] Wir sind bereit mit ihnen einen Dialog zu führen, um die Probleme zu lösen. [...] Wir werden keinen Schritt zurückgehen und kein Moratorium mehr einführen. Sie waren sogar mit einem zweimonatigen Moratorium einverstanden. Welches Problem sollte in diesen zwei Monaten gelöst werden? Der Iran wird in diesen zwei Monaten keine unerwarteten Fortschritte bei der Urananreicherung machen. Die Europäer wollen doch nur ihr Gesicht nicht verlieren, und das interessiert uns überhaupt nicht. [...] Sie wollen, dass wir ein kurzfristiges Moratorium einführen, um dann der Welt zu sagen, dass der Iran Eingeständnisse macht. Unter diesen Bedingungen wird unser politisches System unter keinen Bedingungen ein Moratorium einführen. [...] Die ausländischen Medien stellen die Situation falsch dar, als ob der Iran unter inneren Widersprüchen leiden würde. [...] Insbesondere gibt es keine Widersprüche zwischen Larijani und Ahmadinejad. [...]

Wenn wir innenpolitisch keine Einheit herstellen, kann eine ernsthafte Gefahr für das Land entstehen. Wenn die ethnischen Minderheiten aufgestachelt werden, wenn zwischen den Parteien und Gruppen Widersprüche aufgebaut werden und wenn das alles eines Tages zusammenkommen sollte, kann eine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit des Iran auftreten. [...] Unser politisches System muss effektiver und stärker werden, sonst wird Unzufriedenheit entstehen.

Israel versucht die islamische Welt zu spalten. Wir müssen Israel als eine zentrale Bedrohung für den Iran bekämpfen. Dennoch bedeutet die israelische Bedrohung nicht eine wirkliche Gefahr. [...]“[3]

Zudem hat das iranische Fernsehen einen Dokumentarfilm über US-amerikanische und britische Soldaten, die im Jahr 2004 gefangen genommen wurden, gezeigt. Siehe dazu[4]:

[http://www.memri.org/bin/opener\\_latest.cgi?ID=SD135406](http://www.memri.org/bin/opener_latest.cgi?ID=SD135406) .  
<http://www.memritv.org/search.asp?ACT=S9&P1=1310>

[1] ISNA, 10.11.2006

[2] ISNA, 10.11.2006

[3] Fars News Agency, 4.10.2006

[4] Memri.org und Memritv.org